

**Zeitschrift:** Schweizerische Bauzeitung  
**Herausgeber:** Verlags-AG der akademischen technischen Vereine  
**Band:** 127/128 (1946)  
**Heft:** 19

**Artikel:** Fragen des neuen Agrarrechts  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-83838>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 15.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

### Allgemeine Richtlinien

1. Der gegebene Bauplatz erfordert eine deutliche Abkehr der kirchlichen Bauten von der geplanten Verkehrsader der Neustrasse und von den vorgesehenen Sportanlagen auf der Breite.
2. Das gegebene Baugelände mit den bestehenden Gebäuden soll als ein natürliches Ganzes gestaltet werden, wobei man sich von kleineren baulichen Anpassungen nicht abhalten lassen soll.
3. Die Lage des Bauplatzes an der Geländekreite Steig-Breite erfordert eine sinngemässe Stellung der Baukörper.
4. Der Unterrichtsraum muss organisch dem Grundriss eingefügt sein, was bei der vorgesehenen Grösse der Kirche durch eine rückwärtige Angliederung sowohl für den Gottesdienst als auch für die räumliche Gestaltung am zweckmässigsten zu erreichen sein dürfte. Die Bedingung dafür ist ein nicht zu langes Kirchenschiff.
5. Der Innenraum soll die Würde des Gottesdienstes zum Ausdruck bringen und dementsprechend gestaltet sein.

Nach Abschluss der Beurteilung stellt das Preisgericht einstimmig die Bewertung fest, die auf S. 188 in Bd. 127 veröffentlicht wurde.

Das Preisgericht stellt fest, dass kein Projekt vorliegt, das in allen Teilen derartige Qualitäten besitzt, dass es ohne wesentliche Ueberschneidung als Grundlage für die Ausführung verwendet werden kann. Das Preisgericht empfiehlt daher dem Stadtrat, die Verfasser der Projekte im 1. und 2. Rang zu einer nochmaligen Ueberschneidung ihres Entwurfes gegen eine Entschädigung einzuladen.

Schaffhausen, den 5. April 1946.

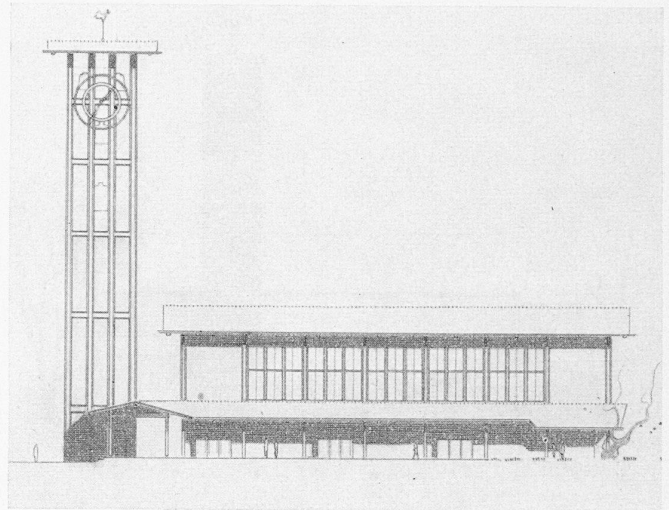
Das Preisgericht:

Stadtrat E. Schalch, Schaffhausen (Vorsitzender); Stadtrat M. Stamm, Schaffhausen; Stadtbaumeister G. Haug, Schaffhausen; Pfarrer P. Vogelsanger, Schaffhausen; Arch. A. Kellermüller, Winterthur; Arch. A. H. Steiner, Zürich; Arch. K. Kündig, Zürich.

### Fragen des neuen Agrarrechts

Die Auswirkungen des Krieges haben uns mit aller Deutlichkeit beigebracht, dass unsere Freiheit und Unabhängigkeit ausser von der militärischen Wehrbereitschaft weitgehend von unserer landwirtschaftlichen Produktion abhängt, dass für uns die zwingende Notwendigkeit besteht, den dafür irgendwie in Frage kommenden Boden so intensiv wie möglich zu bebauen. Diese Erkenntnis hat sich revolutionierend auf unsere Agrarpolitik ausgewirkt. Die Neuordnung der Landwirtschaft in der Nachkriegszeit, insbesondere das kommende Bundesgesetz über die

### Wettbewerb für die neue Steigkirche in Schaffhausen

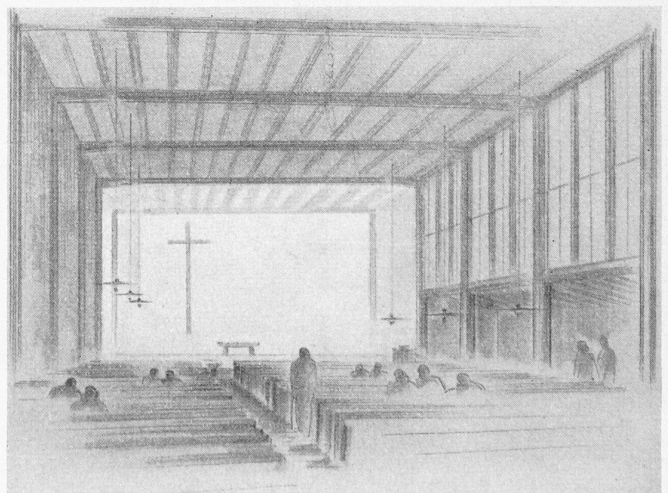
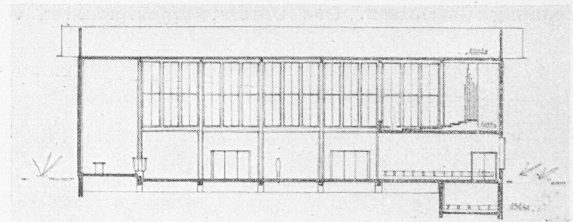
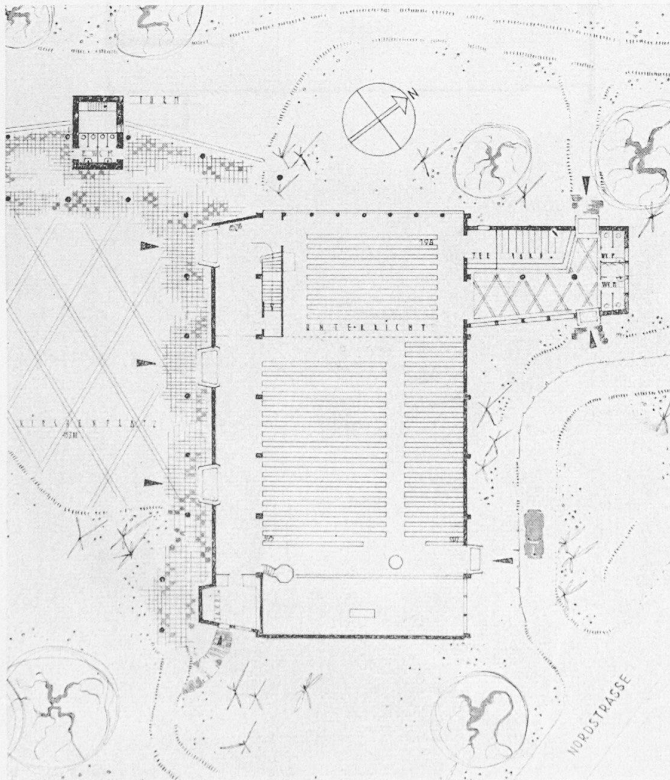


Sicherung und Förderung der Landwirtschaft haben eine Diskussionsflut in Wort und Schrift hervorgerufen. Namentlich die Fragen des neuen Bodenrechts, der Meliorationen, des Siedlungswesens sind für die Technikerschaft, für Kulturingenieure, Geometer und schliesslich auch für die Landes- und Regionalplaner und den gesamten Hoch- und Tiefbau von grosser Bedeutung.

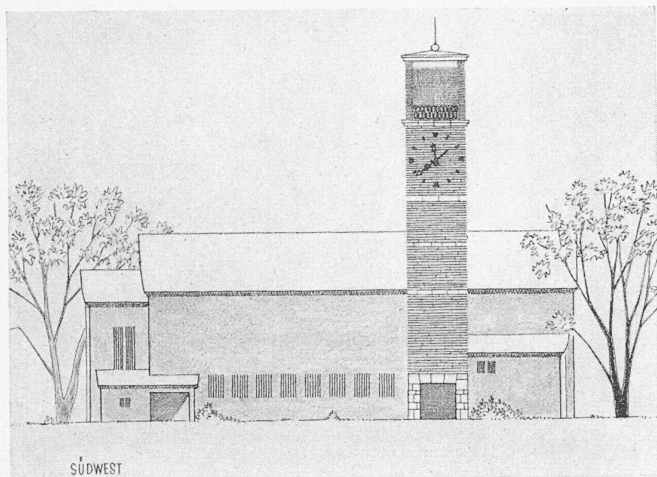
Es war daher verdienstvoll vom Schweizerischen Geometerverein, die interessierten Kreise zu einem zweitägigen Kurs<sup>1)</sup> an der E. T. H. einzuladen und durch sachlich besonders berufene Referenten über den gegenwärtigen Stand und die Probleme der neuen Agrargesetzgebung orientieren zu lassen. So interessant es wäre, so ist es hier raumeshalber unmöglich, näher auf die einzelnen Referate einzutreten. Es kann sich für den Berichterstatter lediglich darum handeln, einige der wichtigsten Punkte aus den Vorträgen zu erwähnen.

Der Abschnitt Meliorationen des Gesetzentwurfes zur Sicherung und Förderung der Landwirtschaft wurde vom Unterausschuss E der vom Bundesrat eingesetzten grossen Expertenkommission bearbeitet. Der kategorische Imperativ lautet nach Prof.

<sup>1)</sup> Am 5. u. 6. April 1946; Programm und Referenten s. Bd. 127, S. 164.



## Wettbewerb für die neue Steigkirche in Schaffhausen



Dr. W. Oswald (Fryburg), dem Schöpfer des neuen Bodenrechts, für unsern Kleinstaat: Je kleiner desto intensiver! Und die politische Problematik der Gesetzesvorlage liegt in den Fragen: wie kann man in einer gelenkten Wirtschaft die Freiheit wahren? Wie ist die Technik der Lenkung zu gestalten? Der Entwurf für das Bodenrecht ist von der grossen Expertenkommission bereits den interessierten Kreisen zugestellt worden. Im wesentlichen sieht es eine vermehrte Lenkung der Wirtschaft durch den Staat vor, sowie eine Beschränkung der Eigentümerbefugnisse, gegeben durch die zwingende Notwendigkeit der Sicherung der Ernährung des ganzen Volkes möglichst aus eigenem Grund und Boden, unter Berücksichtigung der föderativen Struktur und demokratischen Grundlage unseres Staates. Richtlinie ist das Lebensinteresse der Allgemeinheit. Der Entwurf wendet sich gegen die ungesunde Bodenspekulation, schützt den Bauern, aber auch die Allgemeinheit gegen nachlässige Bewirtschaftung, bei der nach Art. 2 die Einsetzung eines Betriebsberaters vorgesehen ist. Die von der Landwirtschaft dringend gewünschte Gewährung des Realersatzes bei Verlust von landwirtschaftlich genutztem Boden ist in der Praxis schwer zu leisten, vorsichtigerweise wird in der Vorlage der Realersatz als grundsätzlich wünschbar bezeichnet. Art. 4 lautet: «Das Gesetz findet auf Liegenschaften Anwendung, die ausschliesslich oder vorwiegend landwirtschaftlich genutzt werden»; die Abgrenzung wird der Vollziehungsverordnung überlassen. Das Unterstellungsverfahren verlangt

die Eintragung landwirtschaftlich benützter Liegenschaften und ihres Schätzungswertes ins Grundbuch. Art. 22 bestimmt: «Wer landwirtschaftliches Land zu Bauzwecken erwerben will, hat durch eine Bescheinigung der für die Bewilligung zuständigen Behörde nachzuweisen, dass gegen das Bauvorhaben keine grundsätzlichen Bedenken bestehen.» Die Kantone sind damit betraut, das Bauland auszusondern. Bei Veräusserungen gilt der Ertragswert mit einem Zuschlag von höchstens 25 % beim Vorliegen werterhöhender Tatsachen. Veräusserungsverträge bedürfen nach Art. 15 der Genehmigung der zuständigen Behörde. Unter den Versagungsgründen ist unter anderen die Zerstückelung eines einheitlich bewirtschafteten Grundstückes aufgeführt. Im allgemeinen sind dem Bunde die Verhaltensnormen und den Kantonen die Aufstellung des Behördeapparates zugewiesen worden.

Das Eidg. Meliorationsamt hatte das Begehren gestellt, es sei das Meliorationswesen aus der Vorlage für das Landwirtschaftsgesetz herauszunehmen und in einem besonderen Eidg. Meliorationsgesetz zusammenzufassen, für das es einen von der Konferenz der beamteten Kulturingenieure begutachteten Entwurf einreichte. Der Unterausschuss beschloss vorläufig Beibehaltung des Meliorationswesens im Landwirtschaftsgesetz, berücksichtigte aber den Entwurf des Eidg. Meliorationsamtes als begleitend. In der grundsätzlichen Frage der Vereinheitlichung der Ausführungsbestimmungen für die Bodenverbesserungen kam die Kommission zum Schluss, eine zu weitgehende Zentralisation sei zu vermeiden. Der Bund soll sich darauf beschränken, die Kantone in Bezug auf Bodenverbesserungen zu unterstützen und bei deren Ausführung und Unterhalt zu beraten. Die Umschreibung des Begriffs Bodenverbesserungen entspricht dem bisherigen Landwirtschaftsgesetz, unter Anfügung des forstlich benützten Bodens. Nach Art. 2 bis 11 des Entwurfs werden die Beiträge für Bodenverbesserungen wie bisher auf 40 % der Erstellungskosten festgelegt. Dagegen ist für ausserordentliche Fälle eine Erhöhung auf 60 % vorgesehen, besonders in finanziell schwachen Gebirgsgegenden. Art. 3, Beiträge für landwirtschaftliche Siedlungen, überlässt die Festsetzung des Beitrags und der Bedingungen dem Bundesrat, ebenso Art. 4 und 5, Beiträge an die Erstellung von Dienstbotenwohnungen, von Gebäuden in Gebirgsgegenden und Stallsanierungen. In Art. 6 ist Art. 11, Abs. 3 des bisherigen Landwirtschaftsgesetzes über Beiträge von 50 % an die Besoldungen der kantonalen Kulturingenieure übernommen. Nach Art. 12 und 13 werden die erstellten Werke unter

